

Niederschrift

zur 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration am Dienstag, den 01.03.2022, um 17:00 Uhr als Onlineveranstaltung des Landratsamtes Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 126/127

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 19:48 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
 :
2. Bestätigung der Tagesordnung
 :
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Januar 2022
 :
4. Abberufung der Schriftführerin Frau Malack-Prochnau
 :
5. Vorstellung und Neuberufung der Schriftführerin und Stellvertretung
 :
6. Vorstellung des Behindertenbeirates durch den Vorsitzenden, Herrn Heinz Almes
 :
7. Schule für Gesundheitsberufe Eisenhüttenstadt - Internationaler Bildungscampus Eisenhüttenstadt, Geschäftsführerin Frau Jacqueline Böttcher
 :
8. Information zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
 :
9. Stand und Umsetzung des GKV-Projektes
 :
10. Schuldnerberatung
 :
11. Beratung: Steigende Energiekosten: Entgegenkommen bei Menschen mit niedrigem Einkommen
 Maßnahmen gegen Energiearmut im Landkreis Oder-Spree: Übernahme von Betriebskostennachforderungen bei Hartz IV und Sozialhilfe aus Anlass der gestiegenen Energiepreise
 Antrag: 5/AfD/2022
12. Aktuelles aus der Verwaltung
 :

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Heinrich**, begrüßt alle Anwesenden zur 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration.

Frau Heinrich stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Die Beschlussfähigkeit liegt vor. Es werden keine weiteren Einwände oder Zusätze vorgebracht.

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Es liegt ein ergänzender Antrag der AFD (Drucksache 7/AfD/2022) vor. **Frau Heinrich** weist darauf hin, dass der Antrag nicht fristgerecht im Kreistagsbüro eingegangen ist und keine Dringlichkeit bekundet wurde. **Frau Stahl** äußert den Wunsch, dass über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes aufgrund von Aktualität und Dringlichkeit durch die Abgeordneten abgestimmt wird.

Frau Heinrich bittet zur Abstimmung.

ja:4 enthalten:0 nein:5
mehrheitlich abgelehnt

Es werden keine weiteren Einwände oder Zusätze vorgebracht. Die Tagesordnung gilt somit als bestätigt.

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Januar 2022

Die Niederschrift der Sitzungen vom 11.01.2022 findet keine Beanstandungen und gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Abberufung der Schriftführerin Frau Malack-Prochnau

Frau Heinrich verabschiedet und bedankt sich bei der Schriftführerin Frau Malack-Prochnau für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Vorstellung und Neuberufung der Schriftführerin und Stellvertretung

Frau Wollschläger, Bildungsmanagerin in der Sozialplanung wird als neue Schriftführerin und **Frau Kupetz**, Bildungsmonitorerin in der Sozialplanung als Stellvertreterin berufen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Vorstellung des Behindertenbeirates durch den Vorsitzenden, Herrn Heinz Almes

Herr Almes, Vorsitzender des Behindertenbeirates im Landkreis Oder-Spree stellt den Behindertenbeirat vor.

Herr Almes informiert, dass der Behindertenbeirat gegenwärtig aus 7 Personen besteht. Die Mitglieder sind Frau Lupitz, Frau Stillmann, Herr Neumeister, Herr Stein, Frau Schmidt und Herr Almes. Herr Neumeister fungiert als Stellvertreter für Herrn Almes. Die Pandemie hat die Arbeit des Behindertenbeirates erschwert, insbesondere bei der Kontaktaufnahme mit den einzelnen Fraktionen. Herr Almes möchte sich in den Fraktionen vorstellen und die Anliegen des Behindertenbeirates vorstellen. Aktuelle Themen sind die Digitalisierung und die damit einhergehende Barrierefreiheit, sowie die ärztliche Versorgung, die laut Herrn Almes optimiert werden muss. Als Wunsch an den Ausschuss formuliert Herr Almes Unterstützung bei der Kontaktherstellung zum Seniorenbeirat, da dieser leider noch nicht erfolgen konnte und eine regelmäßige Teilnahme des Behindertenbeirates als TOP bei den Sitzungen des Ausschusses.

Fragen

Herr Isermayer dankt Herrn Almes für das gesellschaftspolitische Engagement des Behindertenbeirates und möchte wissen, ob auch Themenstellungen von Kindern und Jugendlichen Bestandteil der Arbeit sind. Seine Nachfrage bezieht sich insbesondere auf das gemeinsame Lernen mit Blick auf die Schullandschaft in Oder-Spree. Frau Schmidt und Herr Stein sind die Ansprechpartner für diesen Bereich, erläutert **Herr Almes**. Inklusion ist ein wichtiges Thema im Behindertenbeirat, beispielsweise die fehlende Barrierefreiheit an Schulen. Auch mit der Barrierefreiheit in Schriften, um das optimale Lernen für Kinder und Jugendliche zu stärken, befasst sich der Behindertenbeirat.

Frau Heinrich richtet das Wort an Herrn Almes und stellt ihm in Aussicht, im Ausschuss regelmäßig teilnehmen zu können. Zudem wird sie Frau Buhl, die Kreissenorenbeiratsvorsitzende im Landkreis Oder-Spree, kontaktieren, um das Anliegen von Herrn Almes weiterzugeben.

Zu TOP 7 Schule für Gesundheitsberufe Eisenhüttenstadt - Internationaler Bildungscampus Eisenhüttenstadt, Geschäftsführerin Frau Jacqueline Böttcher

Frau Böttcher, Geschäftsführerin der Schule für Gesundheitsberufen Eisenhüttenstadt, gibt dem Ausschuss einen Einblick in den Internationalen Bildungscampus.

(Aufstellung Anlage TOP7 – Präsentation)

Fragen

Herr Heise fragt, ob es geplant ist den Bereich der Ergotherapie auszubauen. Die Sorge, dass Fachkräfte nach der Ausbildung in Eisenhüttenstadt verbleiben und sich nicht im gesamten Landkreis verteilen bzw. wie damit umgegangen wird, ist seine weitere Frage. **Frau Böttcher** erläutert, dass die medizinischen Einrichtungen bestätigen, dass Ergotherapeuten benötigt werden, sodass der Ausbildungsgang weiterhin mindestens 1-zügig weitergeführt wird. Zu dem Verbleib der Auszubildenden in Eisenhüttenstadt berichtet Frau Böttcher, dass die umliegenden Krankenhäuser ihre eigenen Auszubildenden zum Bildungscampus senden und diese dann

auch wieder dorthin zurückgehen. Die Sorge, dass die zukünftigen Fachkräfte in Eisenhüttenstadt verbleiben schließt sie aus.

Frau von Stünzner möchte zum einen wissen, ob Frau Böttcher bestimmte Wünsche an die Abgeordneten hat und zum anderen wie die benötigten Auszubildenden akquiriert werden können beziehungsweise ob dabei schon gute Erfahrungen mit Geflüchteten verzeichnet werden konnten. Auch **Frau Buhrke** fragt, ob sich genügend Menschen auf die Ausbildungsgänge bewerben. **Frau Heinrich** schließt sich der Frage nach konkreten Ideen, wie der Ausschuss helfen kann, an.

Frau Böttcher berichtet von vielen Bewerbungen und insgesamt steigenden Schülerzahlen, sodass beispielsweise im Bereich Physiotherapie eine weitere Ausbildungsklasse eröffnet werden könnte, wenn genügend Platz- und Personalressourcen vorhanden wären. In der Pflegeausbildung haben im letzten Jahr 89 Auszubildende angefangen. Mit Geflüchteten in den Ausbildungsgängen wurden bisher sehr gute Erfahrungen gemacht, sagt **Frau Böttcher**. Ein Problem ist hier eine häufig vorhandene Sprachbarriere, sodass Unterstützungsmöglichkeiten in Form eines Buddy-Programms geschaffen wurden. Um zukünftige Auszubildende zu gewinnen, werden aktuell verschiedene Strategien besprochen und durchdacht. Eine wichtige Säule ist ein zu erarbeitendes Medienkonzept sowie das Thema Internationalisierung. Unterstützung wünscht sich Frau Böttcher auf politischer und behördlicher Ebene, indem der Bildungscampus mitgedacht wird, insbesondere bei Finanzierungsmöglichkeiten.

Frau Teltewskaja berichtet, dass im Bereich der regionalen Planungsgesellschaft das Projekt des Internationalen Bildungscampus als eines der 5 Projekte benannt wurde, welches besonders wichtig für die Region ist. Die Bedeutung dieses Vorhabens ist somit bekannt.

Zu TOP 8 Information zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Frau Lauke übernimmt die Präsentation zu diesem Tagesordnungspunkt.

(Aufstellung Anlage TOP 8)

Zu TOP 9 Stand und Umsetzung des GKV-Projektes

Frau Krüger stellt die Arbeit des GKV-Projektes vor.

(Aufstellung Anlage TOP 9)

Fragen

Frau Buhrke möchte wissen, ob die Ergebnisse des Stadtraummonitors des Gymnasiums Beeskow im Sozialausschuss der Stadt Beeskow vorgestellt werden können. **Frau Krüger** wird sich dazu mit der Schulleitung des Gymnasiums abstimmen.

Frau Heinrich fragt, ob diese Erhebungen auch auf andere Bereiche des Landkreises ausgeweitet werden können, z.B. Erkner oder Fürstenwalde. Das Angebot wurde an alle Gymnasien in Oder-Spree gesendet, so **Frau Krüger**. Bisher kamen keine weiteren Rückmeldungen.

Zu TOP 10 Schuldnerberatung

Frau Lauke berichtet über die Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen im Landkreis.

(Aufstellung Anlage TOP 10)

Fragen

Herr Isermeyer informiert über die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Brandenburg, die in einem Positionspapier deutlich macht, dass die Refinanzierung durch Land und Kommunen sehr kritisch zu betrachten ist. Die daraus resultierende Frage ist, welche Qualifikationen durch den Landkreis refinanziert werden und welche Entgeltgruppen dabei angesetzt werden. Bei der nächsten Ausschusssitzung sollten Vertreter der Trägerschaft eingeladen werden, um sich an der Diskussion dieser Themen zu beteiligen. **Frau Lauke** erläutert, dass in den Schuldnerberatungsstellen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingestellt sind. In der Unterarbeitsgruppe Schuldnerberatungsstellen wurde sich geeinigt, dass die Sockelfinanzierung von 100.000 € auf die 4 Schuldnerberatungsstellen aufgeteilt wird und diese frei verwendet werden können.

Herr Dr. Pech möchte eine Erklärung für die Diskrepanz bei der Entwicklung der Beratungen zwischen Landkreis und der bundesweiten Entwicklung im letzten Jahr. Die Präsentation beinhaltet nur Zahlen, die die Schuldnerberatungsstellen dem Landkreis melden, so **Frau Lauke**. Die Schuldner- und Insolvenzberatungen müssen an dieser Stelle getrennt betrachtet werden. Die Angaben in der Präsentation beziehen sich auf die Schuldnerberatungen. Insolvenzberatungen sind kein Bestandteil der Finanzierung durch den Landkreis sondern werden über Pauschalen durch das Land finanziert. Die Zahl der Insolvenzen sind im letzten Jahr laut Statistik stark angestiegen.

Herr Grätsch merkt an, dass eine fehlende Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und daraus resultierende verkürzte Öffnungszeiten eventuell weniger Beratungen möglich gemacht haben, sodass so weniger Neuzugänge verzeichnet werden konnten. **Frau Lauke** sagt, dass dies eine schwer zu prüfende Vermutung ist. Im April findet ein Austausch mit den Schuldnerberatungsstellen und der Verwaltung zu diesen Themen statt.

Herr Hamacher erkundigt sich, ob die Schuldnerberatung eine hoheitliche Aufgabe der Kreisverwaltung ist, die an die Träger übergeben wird oder freiwillig ist. Es ist eine Pflichtaufgabe, beantwortet **Frau Lauke**.

Frau Heinrich schließt den Tagesordnungspunkt mit den Worten, dass das Thema Schuldnerberatung in der nächsten Ausschusssitzung erneut in die Tagesordnung aufgenommen wird und die Vertreter der 4 Schuldnerberatungsstellen eingeladen werden.

Zu TOP 11 **Beratung: Steigende Energiekosten: Entgegenkommen bei Menschen mit niedrigem Einkommen
Maßnahmen gegen Energiearmut im Landkreis Oder-Spree:
Übernahme von Betriebskostennachforderungen bei Hartz IV und
Sozialhilfe aus Anlass der gestiegenen Energiepreise
Vorlage: 5/AfD/2022**

Frau Stahl übernimmt die Erläuterungen des Antrages. Drucksache: 5/AfD/2022.

Fragen

Herr Dr. Pech möchte von Frau Zarling wissen, in welcher Höhe Heizkosten als nicht angemessen betrachtet und gekürzt werden. **Frau Zarling** antwortet, dass bei SGB II- und SGB XII-Empfängern die Kostensteigerungen bei gleichbleibendem Heizverhalten durch den Grundsicherungsträger übernommen werden. Dagegen müssen Empfänger von

Grundsicherungsleistungen oder Sozialleistungen Energiekostensteigerungen z. B. Stromkosten selbst aus dem Regelsatz finanzieren. Um die gestiegene finanzielle Belastung für diese Personengruppe abzumildern, ist die Einführung z. B. einer Energiekostenpauschale notwendig.

Herr Dr. Pech ergänzt, dass dieses Problem schon intensiv u.a. in der Haushaltsdebatte diskutiert wurde. Die Heizkostensteigerung wird im Sinne der Angemessenheit übernommen, d.h. für den Antrag der AfD gibt es keine Begründung. Ein Beschluss, einen Ausgleich der gewachsenen Energiekosten von der Bundesregierung zu fordern, hat der Kreistag im vorigen Monat gefasst. Der Kreistag kann nicht beschließen, den Regelsatz zu erhöhen.

Frau Freninez bedankt sich beim Jobcenter für die schnelle Reaktion auf die Preissteigerungen und informiert, dass der Bundesheizkostenspiegel bei der Übernahme der Kosten berücksichtigt wird. **Frau Stahl** erwidert, dass der bundesweite Heizspiegel kritisch zu betrachten ist und Kommunen eigene Erhebungen veranlassen können.

Herr Fachtan weist auf die Durchführungsanweisung zu §22 SGB II vom 01. Juli 2021 hin, in dem die Angemessenheit der Heizbeträge festgelegt wurde. Die Anweisung sollte angepasst werden. **Frau Zarling** erläutert, dass in der Durchführungsanweisung geregelt ist, dass die Heizkosten, die den Wert von 1,50 € je m² bei angemessenen Wohnfläche nicht überschreiten ohne weitere Prüfung (sogenannte Nichtprüfungsgrenze) - als Heizkostenbedarf anerkannt werden. Bei wirtschaftlichem Heizverhalten nach dem Bundesheizkostenspiegel werden die tatsächlichen Kosten stets übernommen. Es gibt also bei uns keine feste Kostengrenze.

Frau Heinrich bittet zur Abstimmung.

**ja:2 enthalten:0 nein:7
mehrheitlich abgelehnt**

Zu TOP 12 Aktuelles aus der Verwaltung

Frau Zarling und **Frau Kaiser**, Amtsleiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration übernehmen den Sachstandsbericht zu aktuellen Entwicklungen in der Verwaltung.

- dramatische Lage in der Ukraine und Auswirkungen möglicher Flüchtlingsbewegungen führten zur Aktivierung eines Krisenstabs
- 11.000 ukrainische Flüchtlinge werden Brandenburg vermutlich erreichen – in den Landkreis kommen ca. 1.000
- Möglichkeiten zur Unterbringung wurden aktiviert bzw. reaktiviert
- in den Gemeinschaftsunterkünften ist die Infrastruktur vorhanden, sodass eine sofortige Belegung möglich ist
- durch Abfragen der Bürgermeister und Amtsdirektoren konnte zusätzlicher Wohnungsbestand aktiviert werden
- dadurch aktueller Wohnungsbestand von 200-250 Wohnungen
- die Ausländerbehörde erhält aktuell viele aufenthaltsrechtliche Fragen durch Ukrainerinnen und Ukrainer
- der EU Rat wird eine EU Richtlinie verfassen, um gesicherten Aufenthalt nach Aufenthaltsgesetz für die ukrainischen Flüchtlinge zu ermöglichen
- insgesamt ist eine große Solidarität der Bevölkerung spürbar

Sachstand Corona

- aktuell sinkende Inzidenzen pro 100.000 Einwohner
- Stand am 01.03.2022 7-Tage-Inzidenz: 1.472

- 2.639 Neuinfektionen in den letzten 7 Tagen
- 422 Todesfälle über den gesamten Erfassungszeitraum
- die Impfquote liegt in Brandenburg bei 68,6%
- der neue Impfstoff von Novavax soll vorzugsweise an Mitarbeitende der Einrichtungen, die der einrichtungsbezogenen Impfpflicht unterliegen, ausgegeben werden
- alle betroffenen Einrichtungen wurden angeschrieben und den nichtimmunisierten Mitarbeitenden wurde ein Impfangebot unterbreitet
- am Samstag (05.03.2022) kann mit diesen Impfungen begonnen werden, die aus 2 Impfungen im Abstand von 3 Wochen bestehen
- zeichnet sich ab, dass der Bedarf nicht so hoch ist, sodass auch andere Interessenten den Impfstoff von Novavax erhalten können
- das Gesundheitsamt muss die einrichtungsbezogene Impfpflicht nach §20a des Infektionsschutzgesetzes umsetzen, dazu gibt es eine allgemeine Weisung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz
- zum 15. März 2022 soll es ein Portal geben, worüber die Einrichtungen Mitarbeitende ohne einen Nachweis über erfolgte Impfungen melden
- auch eine Bewertung der Einrichtungen über mögliche Auswirkungen auf den Betrieb bei Nichteinsatz des Personals ohne Impfschutz kann über das Portal erfolgen
- bei der Meldung von Mitarbeitenden startet dann das Verwaltungsverfahren bestehend aus Anhörungsverfahren und eventuell am Ende mit Aussprechen eines Betretungsverbot
- dies findet unter einem Abwägungsprozess zur Aufrechterhaltung der medizinischen und ambulanten Versorgung im Landkreis statt

Rita-Sybille Heinrich

Vorsitzende des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit und
Migration

Maxie Wollschläger

Schriftführerin